

Bezugspreis: Vierteljährlich 60.- M., monatlich 20.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 20.- M., einjährig 240.- M. (einschl. Postgebühren). Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, das Ost- und Westpreußen, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Österreich-Ungarn und Luxemburg 24.- M., für das übrige Ausland 72.- M. Postbestellungen nehmen an Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Polen, Litauen, Lettland, Estland, Schweden und die Schweiz. Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Sonnenschein“ und der Beilage „Erdkunde und Reisegarten“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die zeichnerischen Kontraktbelegblätter 2.- M. „Kleine Anzeigen“ das istgedruckte Wort 2.- M. (unabhängig vom Zeitgedruckten), jedes weitere Wort 1.50 M. Streifenlänge und Schließzeilenanzeigen das erste Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten 2.- M. Die Preise verstehen sich einschließlich Steuerzuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schluß von 9 Uhr früh bis 3 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Redaktion Worinplan 15195-97  
Expedition Worinplan 11753-54

Donnerstag, den 12. Januar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Internat.-Abteilung Worinplan 11753-54

# Vor der Pariser Entscheidung.

Der Streit zwischen Frankreich und England, der jetzt auf offenem Markt zum Austrag kommt, zeigt in scharf dramatischer Zuspitzung den Kampf zweier Methoden: der unverhüllt nationalen egoistischen und der kosmopolitischen. Hört man auf der einen Seite nur von Frankreichs Recht und Frankreichs Geld, von Frankreichs Schutz und von Frankreichs Macht reden, so spricht man auf der anderen Seite nur von den allgemeinen Interessen der Menschheit, von drohenden Gefahren für sie und von der sittlichen Notwendigkeit, ihnen zu begegnen. Daraus zu folgern, daß man in England auf die Interessen des eigenen Volkes weniger bedacht sei als in Frankreich, wäre übertrieben, aber sicher ist, daß sich England durch seine Art, aus weiteren Gesichtspunkten die Debatte zu führen, ebensoviel Beifall gewinnt, wie ihn Frankreich durch seine unverhohlene Mißachtung aller Nichtfranzösischen verderrt.

Die nationalisierende Opposition gegen Briand dürfte schwerlich in ihren Zielen einig sein. Einem Teil ist es offenbar mit der Absicht einer Regierungskrise ernst, und er kümmert sich den Teufel darum, was weiter daraus wird. Ein anderer Teil wünscht wahrscheinlich nur zu demonstrieren, wie stark der Widerstand gegen die Londoner Abrede ist, und er will damit der französischen Regierung die Möglichkeit bieten, in Cannes noch größere Zugeständnisse herauszupressen. Die eine Taktik ist ebenso verfehlt wie die andere, denn führt die erste ins Chaos, so kann das Ergebnis der zweiten bestenfalls ein neuer Kompromiß sein, der sich als ebenso unhaltbar erweist wie alle vorangegangenen.

Bisher ist die äußere Solidarität der Entente Deutschland gegenüber leidlich gewahrt worden. Sollte sie diesmal in die Brüche gehen — man muß mit dieser Möglichkeit rechnen — so wäre eine vollständig neue, überaus verwickelte Lage geschaffen. Denn es gibt zwar einen Friedensvertrag zwischen Deutschland und den „Alliierten und Assoziierten“, aber keinen Friedensvertrag zwischen Deutschland und Frankreich. Das bedeutet dann entweder neuen Konflikt oder neue Vereinbarungen zwischen den beiden Nachbarn. Jedenfalls muß schon jetzt gesagt werden, daß Frankreich aus dem Vertrag, auf den es sich immer beruft, nicht berechtigt ist, gegen Deutschland zur Befriedigung seiner Gläubigeransprüche oder zur Bestrafung eines behaupteten Uebelwollens irgendwelche selbständige Maßnahmen zu treffen. Bei solchen Maßnahmen hätte zwar Frankreich in diesem Augenblick alle Macht auf seiner Seite, aber auch nicht die mindeste Spur von Recht.

Es ist uns in letzter Zeit oft gesagt worden, daß in Frankreich ein erfreulicher Umbruch der Auffassungen eingetreten sei. Die neuesten Vorgänge dienen gerade nicht dazu, den Glauben an die Richtigkeit dieser Behauptung zu stärken. In einem Augenblick, der vielleicht über die Zukunft ganz Europas entscheidet, sehen wir die weiterblickenden Elemente wieder in die Defensive gedrängt, in der sie sich höchstens durch weitgehende Zugeständnisse an das französische „Alldeutschum“ behaupten können. Die Vorzeichen der heutigen Kammerdebatte sind in keiner Weise günstig.

Raincaré namens des Senatsausschusses für Auswärtiges, Bureau für die „republikanische“ Kammergruppe mit ihren 220 Mitgliedern, das Comité des forges für die Schwerindustrie — sie alle haben Briand antelegraphiert, doch ja nicht auf eine Minderung der französischen Ansprüche und der Rheinlandsbesetzung, wie sie die britische Garantie für Frankreichs Sicherheit natürlich zur Folge haben müßte, einzugehen; aber auch Millerand, der Präsident der Republik, soll sich dieser Offenliebe angeschlossen haben.

Briand selbst erklärte vor seiner Abreise nach Paris dem Vertreter des „Matin“ in Cannes, er wolle sich in voller Klarheit ausdrücken, wenn nötig, auf der Parlamentstribüne. Ihm würden Konzeptionen in der Reparationsfrage vorgeworfen. Das seien doppelt absurde Verleumdungen, denn der Oberste Rat habe noch gar keine Entscheidung getroffen. Die Reparationskommission höre gemäß dem Vertrage von Versailles die Deutschen, und schließlich habe er ja formell erklärt, daß Frankreich nicht einen Centime von dem aufgeben wolle, was ihm für 1922 zukomme. Ueber den französisch-englischen Vertrag werde er sich aussprechen. Er werde alles aufklären und am Freitag mit dem Vertrauen des Parlaments zurückkehren oder ein anderer an seiner Stelle.

## Lloyd Georges Denkschrift an Briand.

Wie die Agence Havas aus Cannes meldet, heißt es in der Briand durch Lloyd George überreichten Denkschrift:

Die englische Regierung wünscht lebhaft, daß die Konferenz von Cannes zu einem bestimmten Ergebnis gelange, das sowohl von der französischen als auch von der englischen öffentlichen Meinung wie

auch von derjenigen Europas gebilligt wird. Nach ihrer Ansicht ist für einen solchen Erfolg ein enges Einvernehmen zwischen der französischen und der englischen Regierung unerlässlich. Stetig ist die öffentliche Meinung in England wie auch in Frankreich besorgt und verwirrt.

Mit Recht nimmt man an, daß Fragen auf dem Spiele stehen, die die Interessen beider Länder berühren. Die Wiederherstellung Europas würde über jedes Erwarten hinaus verzögert. Die Enttäuschung der Völker führt zu Mißverständnissen und Kontroversen. Diese Lage ist in ganz Europa, ja weit über Europa hinaus, in bedauerlichen Folgen zum Ausdruck gekommen.

### Das Scheitern der Konferenz

von Cannes würde also eine Rückwirkung mit sehr üblen Folgeerscheinungen hervorrufen. Unbestimmte oder vorläufige Entscheidungen würden beurteilt werden, als ob sie einem Fehlschlag gleichkämen, und würden unvermeidlich die Meinungsverschiedenheiten verstärken, die sich längst zwischen den französischen und den britischen Gefühlen bemerkbar gemacht haben. Europa würde dies mit Bestürzung aufnehmen, weil die verschiedenen Völker, aus denen es sich zusammensetzt, der Ansicht sind, daß eine Entente zwischen dem britischen Reich und Frankreich nicht nur ein wesentliches Element des Verständnisses unter den Alliierten bildet, sondern überhaupt unerlässlich ist. Die britische Regierung wünscht, daß die Konferenz von Cannes klar zum Ausdruck bringe, daß das britische Reich und Frankreich im Frieden ebenso vereint sind wie während des Krieges.

### Ursachen der Besorgnisse in Frankreich.

In erster Linie beunruhigt die öffentliche Meinung in Frankreich über die Reparationen. Frankreich macht Anstrengungen, seine verwüsteten Gebiete wieder aufzubauen und ist deshalb genötigt, bedeutende Summen vorzustrecken, die in dem Budget ein großes Defizit hervorrufen. Diese Summen könnten und müßten von Deutschland bezahlt werden. Aber trotz verschiedener Abkommen seien die Reparationszahlungen der Deutschen immer wieder hinausgezögert worden.

In zweiter Linie sei die öffentliche Meinung in Frankreich wegen der zukünftigen Sicherheit Frankreichs beunruhigt. Frankreich sei in 120 Jahren viermal vom Feinde befehligt gewesen und trotz der Verminderung der deutschen Bevölkerung während des Krieges und infolge der Friedensbedingungen sei Frankreichs Bevölkerung immer noch um zwanzig Millionen geringer als die des Deutschen Reiches. Lebtens befähigt Deutschland durch die lebend aus dem Kriege Zurückgekehrten ein Heer von fünf Millionen im Wehrdienst geübter Männer, unter denen sich eine beträchtliche Anzahl von Offizieren und Unteroffizieren befinde. Es sei wahr, daß Deutschland fast sein ganzes Kriegsmaterial und fast alle Waffen abgenommen worden seien, aber Frankreich könne doch nicht umhin, durch das eine oder andere Mittel seine Inferiorität zu ersehen. Es sei also

wesentlich für Frankreich, den Unterschied zwischen seiner Bevölkerung und der Deutschlands auszugleichen,

damit sein Grund und Boden gesichert bleibe. In Großbritannien gebe es auch ernste Ursachen der Beunruhigung und Unzufriedenheit. Großbritannien lebe von der Ausfuhr. Sein Handel sei ebenso schrecklich ruiniert wie der französische Boden. Die Folgen, die sich in menschlichen Entbehrungen sehr erster Art zeigten, beträfen zwei Millionen Personen der arbeitenden Klassen, die durch Arbeitslosigkeit litten und deren Unterhaltungskosten pro Woche annähernd zwei Millionen Pfund beträfen. Diese Kosten würden einer Ration ausgedrückt, die viel stärker als jede andere von den wirtschaftlichen Folgen des Krieges berührt worden sei.

Frankreich dagegen sei in einer vorteilhafteren Lage als jedes andere europäische Land,

einmal wegen der Bedeutung seiner ländlichen Bevölkerung, andererseits aber auch wegen seiner inneren Produktion. Frankreich leide weniger durch Arbeitslosigkeit und durch den Zusammenbruch des internationalen Handels. Die Völker Europas jedoch litten unter den Kriegsurteilen ebenso wie das britische Volk. In Italien und Belgien sei die Arbeitslosigkeit ernst. Italien hänge sehr vom Handel ab. Es müßte eine viel stärkere Bevölkerung beschäftigen als vor dem Kriege. Belgien sei ein Land, das Rohmaterial importiere und auf Kosten des europäischen Marktes lebe. In Mitteleuropa und Südeuropa sei der Zusammenbruch und die Verwirrung des normalen Wirtschaftslebens noch viel markanter. Millionen von Menschen lebten unter Entbehrungen und im Elend. Selbst die Inflation, die den arbeitenden Massen Arbeit und gute Löhne gegeben habe, könne nur eine zeitweilige Erleichterung bringen, würde aber sicher eine Reaktion auslösen, so daß schon rechtzeitige Maßnahmen ergriffen werden müßten. Die Menschen, die nur über eine kleine Rente verfügten, litten noch mehr. Rußland, das vor dem Kriege eine außerordentliche Produktion an Rohmaterialien und Nahrungsmitteln gehabt habe, kämpfe mit der Hungersnot. Aus Menschlichkeitsgründen und im Interesse des eigenen Wohlstandes sei die

### Wiederaufrichtung Rußlands unerlässlich.

Die europäischen Völker müßten versuchen, ein Heilmittel gegen den augenblicklichen Zustand Rußlands zu finden, denn auf die Dauer müßte die europäische Zivilisation ernstlich darunter leiden. Wenn man ohnmächtig sei, gegen einen derartigen Zustand anzukämpfen, werde er rasch zur sozialen und wirtschaftlichen Katastrophe führen.

Ebensoviele in seinem eigenen Interesse wie im Hinblick auf das wirtschaftliche Wiederaufbauwerk Europas rufe Großbritannien Frankreich zur Mitarbeit an dieser großen humanitären Aufgabe auf; sie müsse schon jetzt unternommen werden, jeglicher Verzögerung würde eine schreckliche Vertiefung des menschlichen Elends zur Folge haben und in gewissen Teilen Europas eine steigende Bedrohung der Zivilisation mit sich bringen.

Das Problem, heißt es in der Denkschrift weiter, das sich für Großbritannien und Frankreich stellt, ist nun, zu wissen, wie man die Notwendigkeiten einer gemeinsamen Aktion erfüllen kann. Diese Schwierigkeiten müssen in ihrer Gesamtheit gelöst werden. Es ist wesentlich, daß eine

### vollkommene Aufrichtigkeit

zwischen den Staatsmännern beider Länder herrscht, wenn man die Aufgabe in wirksamer Weise lösen will. England erkennt vollkommen die Gründe für die Beunruhigung Frankreichs an und wünscht alles in seiner Macht Stehende zu tun, um es zu beruhigen. Aber es kann die Wiederaufrichtung Europas nicht hinausschieben, wenn es die Wünsche Frankreichs bezüglich der Reparationen und seiner Sicherheit befriedigen will. Die britische Regierung müsse dem britischen Volk sagen können: die beiden Länder marschieren gemeinsam, um die wirtschaftliche Organisation Europas und die allgemeine Prosperität der Welt wieder aufzurichten.

Was die Reparationen betreffe, so sei die britische Regierung bereit, sich an die Abmachungen zu halten, die in Europa getroffen worden seien, und aus denen Frankreich beträchtlichen Vorteil ziehe, während England nicht minder beträchtliche Opfer bringen solle. England glaube, daß diese Abmachungen den hauptsächlichsten Bedürfnissen Frankreichs genügen können bis zu dem Augenblick, in dem eine finanzielle Regelung größerer Stils unternommen werden könne, vielleicht in zwei oder drei Jahren.

### Die Sicherheit Frankreichs

gegen ein Eindringen des Feindes betrachte England als eine Angelegenheit, die auch keine eigenen Interessen berührt. England sei insbesondere geneigt, die Verpflichtung zu übernehmen, mit seiner Streitmacht Frankreich zur Seite zu treten, wenn ein nicht provoziertes deutscher Angriff auf Frankreichs Boden erfolgt. Eine solche Garantie werde jedoch auch äußerst unwahrscheinlich machen. Im Jahre 1914 wäre Deutschland wahrscheinlich nicht zum Angriff übergegangen, wenn es sich über den Umfang der Kräfte klar gewesen wäre, die das britische Reich im Kriege aufbringen konnte. Im Jahre 1914 habe Deutschland nicht angenommen, daß Großbritannien über mehr als sechs Divisionen verfüge. Es habe nichts oder wenig gemerkt von der besonderen Art der Hilfsquellen des Bundes der britischen Völker. Heute werde es notwendig sein, denn es wisse, daß das britische Reich nicht nur sechs Divisionen, sondern seit Ende des ersten Krieges 400.000 Mann auf den französischen Schlachtfeldern unterhalten habe.

Die Denkschrift führt weiter aus, die gesamte Streitmacht, die England in den Weltkrieg warf, habe

annähernd 10 Millionen Menschen

betrogen. Was England für die Zivilisation getan habe, werde es wieder tun, wenn es nötig sei. Es wird dann auf die Abrüstung Deutschlands hingewiesen und ein Abmachung empfohlen, nach der beide Mächte einem nicht herausgeforderten deutschen Angriff auf französisches Gebiet gemeinsam die Stirn bieten sollen. Ein Offensiv- und Defensivbündnis bedeute eine zu starke Einmischung in die mittel- und osteuropäischen Angelegenheiten und würde dem englischen Volke keine herzhafte Unterstützung finden. Ein Garantievertrag gegen einen nicht herausgeforderten deutschen Angriff sei hin gegen auch der Unterfützung der Dominions gewiß. Die Denkschrift fährt dann fort: Insbesondere ist die Lösung, die die Regierung seiner Majestät anzunehmen vorzieht, die folgende: Die Kratierung steht in dem Plane eines

### Vertrages zwischen Großbritannien und Frankreich.

der diesem Memorandum angefügt ist und dessen Annahme sie vorschlägt, die Form einer Verpflichtung, die am geringsten ist, die gemeinsamen Interessen der beiden Mächte in Westeuropa zu schützen. Damit der Vertrag Folgen zeitigen kann, ist es notwendig, daß er durch ein vollständiges Einvernehmen zwischen den beiden Ländern bekräftigt wird. Die englische Regierung ist der Ansicht, daß die erste Bedingung eines wirklichen Einvernehmens die ist, eine Rivalität zwischen den beiden Ländern zu vermeiden. Was

### die U-Boot-Frage

anbetrifft, so versteht die britische Regierung vollkommen, daß die Differenz zwischen dem französischen und dem britischen Standpunkt in dieser Frage auf die verschiedenartige Auffassung über die Verwendungsmöglichkeit der U-Boote zurückzuführen sein kann. Die britische Auffassung, die sich auf vierjährige Erziehung während des Krieges stützt, geht dahin, daß die U-Boote nur gegen Handelschiffe eine wirksame Waffe darstellen und zu anderen Zwecken, sei es als Offensiv- oder Defensivwaffe, unannehmbar sind. Die britische öffentliche Meinung würde unerschütterlich auf der Annahme eines großen U-Bootprogramms von U-Boots-Führern bestehen, wenn das französische Programm bezüglich der U-Boote durchgeführt werden sollte. Die beiden Länder würden also einen Auktionswettbewerb beginnen. Die britische Regierung könne nicht verhehlen, daß eine solche Möglichkeit sehr ernstlich auf

### die britischen Gefühle gegen Frankreich

und umgekehrt zurückwirken würde. Englands Verbindungswege

zur See sind für England das, was die Ostgrenze für Frankreich ist. Ein Wettbewerb zur See in irgendeiner Form zwischen Großbritannien und Frankreich würde den guten Willen unterhöhlen. Die britische Regierung schlägt also als Bedingung des Vertrages vor, daß die Admiraltäten beider Länder sich über ein neues Programm einigen, damit jede Neutralität bei den neuen Taktiken zwischen ihnen vermieden werden kann. Die britische Regierung wünscht gleichfalls sehr lebhaft, daß Frankreich von ganzem Herzen mit Großbritannien am wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau Europas mitwirkt. Sie hofft also, daß Frankreich der schleunigen

**Einberufung einer wirtschaftlichen Konferenz,**  
auf der alle europäischen Mächte, einschließlich Rußlands, vertreten sind, zustimmt. Der wirtschaftliche Zusammenbruch Mittel-, Ost- und Südosteuropas ist gegenwärtig der ernsteste Faktor in der Hebung des europäischen Handels, und seine Heilung ist nicht möglich, wenn nicht die Produktion und die Märkte Rußlands der Welt wieder zugänglich gemacht werden. Die britische Regierung ist daher der Ansicht, daß die Gegenwart der wirtschaftlichen Führer Rußlands für den Erfolg einer solchen Konferenz nicht ist. Es würde keinen Zweck haben, schriftliche Bedingungen nach Moskau zu schicken. Es ist von größter Wichtigkeit, daß so rasch wie möglich

mit den leitenden Persönlichkeiten der russischen Regierung verhandelt wird,

und die Konferenz sollte so schnell wie möglich an dem Ort stattfinden, der am geeignetsten dazu erscheint. Um Handel mit Rußland treiben zu können, sind gewisse Garantien unerlässlich. Man muß zur Geltung bringen, daß, obwohl die Nationen keinen Anspruch darauf erheben können, sich gegenseitig die Grundzüge zu diskutieren, nach denen sie die Fragen des Besizes, des wirtschaftlichen Systems und der Regierung regeln wollen, dennoch gute Pläne aufgestellt werden können, um einem Land zu Hilfe zu kommen, damit die ausländischen Kapitalisten die Sicherheit haben, daß ihr Eigentum und ihre Rechte geachtet werden und daß der Gewinn ihrer Unternehmungen ihnen sicher ist. Dieses Gefühl der Sicherheit kann nur hergestellt werden, wenn die Regierungen der Länder, die ausländische Kredite zu erhalten wünschen, sich freiwillig verpflichten,

a) alle Schulden und öffentlichen Verpflichtungen anzuerkennen, ebenso wie die Verpflichtungen, die ausländischen Interessen für Verluste und Schäden durch Konfiskationen und Expropriationen wieder herzustellen oder zu entschädigen,

b) ein gesetzliches System einzurichten, daß die unparteiliche Ausführung der Handels- und sonstigen Verträge funktioniert und sichert.

U. a. ist es nötig, über geeignete Tauschmittel zu verfügen und, allgemein gesprochen, daß finanzielle und Währungsbedingungen bestehen, die dem Handel ausreichende Garantie bieten. Die britische Regierung möchte ferner die beiden folgenden Grundzüge aufstellen:

1. alle Nationen müssen sich verpflichten, von jeder Propaganda abzusehen, die die Ordnung des politischen Systems, wie es in anderen Ländern besteht, zu unterhöhlen geeignet ist,

2. alle Länder müssen gemeinsam die Verpflichtung übernehmen, von jedem Angriff auf ihre Nachbarn abzusehen.

Die britische Regierung hat erklärt, welche Wichtigkeit ein Abkommen über Marinebauten besitzt, weil sie der Meinung ist, daß ein solches Übereinkommen für ein vollständiges Einvernehmen zwischen Großbritannien und Frankreich unerlässlich ist. Von dem gleichen Gefühl befeuert, wünscht sie alle Fragen aufzuklären, in denen eine Kontroverse zwischen den beiden Ländern möglich ist. Es ist z. B. wesentlich, daß

#### Der Friede im Orient

wieder hergestellt wird und daß zwischen Großbritannien und Frankreich über die alliierte Politik in der Zukunft vollständige Einigkeit besteht. Sie wünscht außerdem ganz besonders, daß dieses Einvernehmen zwischen Großbritannien und Frankreich weit davon entfernt, andere Nationen auszuschließen, die Grundzüge des Planes der internationalen Zusammenarbeit bildet, um den Frieden in ganz Europa zu sichern. Es ist notwendig, daß die Einstellung der europäischen Nationen in zwei mächtige Lager sich nicht durch das Fortbestehen von engherzigen Besorgnissen auf Seiten der reicheren Nationen oder von geheimen Revancheeidanken auf Seiten der Besiegten verzerrt.

Es ist notwendig, daß die seit dem Kriege durch die Entstehung der jungen Nationen hervorgerufenen Neutralitäten nicht fortbestehen und daß diese Nationen den Weg der Zusammenarbeit und des guten Willens wählen. Es ist ebenso wesentlich notwendig, daß der Kontakt zwischen den sozialen und Wirtschaftssystemen, den die russische

## Die deutsche Karte.

Der folgende Vorfall hat sich genau so, wie geschildert, in Berlin am 3. Januar dieses Jahres, vormittags 9 Uhr 5 Minuten, zugezogen.

**Ort der Handlung:** Der Schalterraum des Stadtbahnhofs „Bellevue“.

**Personen:** Eine jugendliche Kandidatin der Medizin. Der Schalterbeamte.

„Bitte um ein Abonnement.“

„Hier gibt's kein Abonnement.“

„Aber ich hab doch sonst immer eins bekommen.“

„Bedauere, es gibt keine.“

Die junge Medizinerin weiß nicht, was sie davon halten soll, und verlangt eine gewöhnliche Fahrkarte. Mit dieser betritt sie den Bahnsteig. Hier fragt sie den Stationsvorsteher, seit wann auf dem Bahnhof „Bellevue“ Abonnements nicht mehr verkauft würden.

„Aber meine Dame, Sie können jederzeit unten am Schalter eins kaufen.“

Sie eilt wieder hinunter, tritt an den Schalter, um nochmals ihr Glück zu versuchen. Als der Beamte sie erblickt, schließt er wütend das Schalterfenster.

Sie geht an den nebenliegenden Schalter. Derselbe Beamte fährt sie an, was sie wolle.

„Ein Abonnement. Der Stationsvorsteher sagte mir...“

„Lassen Sie mich in Ruhe. Ich bin ein Deutscher und spreche keine ausländische Sprache. Hier haben Sie eine — Zeilkarte.“

Es war am Bahnhof Bellevue, zu Deutsch: „Schöne Aussicht“.

Paul Gutmann.

**Walhalltheater.** Gestern legte die Erstaufführung einer Operette in drei Akten „Die Mondschelndame“. Ein Sündenfall, für den Bernstein, Somersky und Pordes-Milo als Verantwortlichen und Alfred Lorenz als Komponist verantwortlich zeichneten. Textbuch und Partitur sind von allem guten Geist verlassen. Schon mit dem ersten Akt haben sämtliche Autoren überzeugend bewiesen, wie schwer sie mit dem alten Fluch beladen sind: „Im Schmelze Deines Angesichts sollst Du Dein Brot essen.“ Ein Königreich für eine Dödel! Man verfällt auf die „Mondschelndame“. Eine afrikanische Art Traumtänzerin, deren Dolmetscher ein moderner Gesellschaftsdrohnen zu amüsiert; zunächst in Alexandria. (1. Akt.) Später in Berlin als Importartikel eines Druckpflanzfabrikanten. Der zweite Akt bringt einige Schläger nach bewährter Schablone, ohne neue Note und ohne orchestrale Überraschung. Im Gegensatz zu dem etwas reichlich bezogenen Mittelstück ödet der Schlußakt ungeheuer an. Das Ganze ist konzentrierter Mühsal. Die Ingenieurarbeit besorgt Karl Reicher. Er bewegt sich dabei durchaus auf der Linie der übrigen arbeitsfähigen Kräfte. Als Träger der männlichen Hauptrolle (Wendelbach) erinnert er an die Tradition der Gebrüder Herrfeld. Sympathisch war Herr Ze-

Revolution in so großem Maße verstärkt hat, keine Beforgnis auf Seiten der Nationen entwickelt, um schließlich

#### In einem europäischen Krieg

zu kippen. Wenn die in Europa durch diese neuen Neutralitäten geschaffene Gefahr nicht in kurzer Weise durch die Zusammenarbeit zwischen den Mächten behoben werde,

kann der Frieden nur von kurzer Dauer sein und Europa wird in einen neuen wilden Krieg gestürzt werden, der seine Zerstörungen ruinieren und noch größere Verwüstung hervorbringen kann.

Es ist Sache der Alliierten, denen der Krieg große Verantwortlichkeit und eine ausgedehnte Machibefugnis gelassen hat, gemeinsam dieser Gefahr Widerstand zu leisten und sie zu beseitigen. Großbritannien schlägt also Frankreich und Italien eine notwendige und erste Zusammenarbeit für den Bau eines großen Systems europäischer Eintracht vor, welches unter den ersten seiner Aufgaben die Aufrechterhaltung des Friedens unter den Nationen und die Verminderung der nationalen Rüstungen zählt. Denn Großbritannien ist der Ansicht, daß dieses die einzige Art ist, durch die in Europa das Gefühl der Sicherheit unter den kleinen und großen Nationen erhalten wird, das es während der Jahrhunderte seiner politischen Geschichte noch nicht erreicht hat. Wenn der Einberufung der Wirtschaftskonferenz zugestimmt wird, wird diese eine Gelegenheit für die alliierten Großmächte Frankreich, Großbritannien und Italien bieten, eine Aera des Friedens auf ihrem eigenen Kontinent zu eröffnen, dessen vom Kriege verwüsteten Felder die Spuren einer kühleren Geschichte tragen als die irgendeines anderen Kontinents in der Neuzeit.

## Die Deutschen in Cannes.

**Cannes, 11. Januar. (Amtlicher Bericht.)** Die Reparationskommission hat heute die deutsche Delegation über die drei in dem Brief der Kommission vom 15. Dezember gestellten Fragen gehört, nämlich erstens darüber, welche Zahlungen Deutschland am 15. Januar und am 15. Februar leisten zu können glaube, zweitens über das Ersuchen der deutschen Regierung um Zahlungsaussetzung für den Restbetrag der nach dem Zahlungsplan fälligen Zahlungen und drittens über die für die Zukunft zu leistenden Garantien.

#### Rathenau's Erklärungen.

**Cannes, 12. Januar. (E.)** Die deutsche Delegation wurde gestern von der Reparationskommission angehört. Die Sitzung begann um 5 Uhr und zog sich bis gegen 9 Uhr hin. Der Vorsitzende der deutschen Delegation, Dr. Rathenau, sprach lange und ausführlich und legte namentlich dar, daß das Gleichgewicht in den Handelsbeziehungen Deutschlands ein Defizit aufweise, wodurch der Erwerb ausländischer Devisen für Deutschland sehr erschwert werde. Besonders die Notwendigkeit, die deutschen Privathandelskredite aus der Vorkriegszeit nunmehr begleichen zu müssen, gestalte den Kauf von Pfund Sterling und Dollars nach schwieriger. Diesem Stand der Dinge könnte durch eine Vermehrung der Produktion und durch eine Steigerung der Ausfuhr abgeholfen werden, doch leisteten die Zollschranken dabei größten Widerstand. Nach der Meinung Rathenaus gibt es nur eine Möglichkeit, diese Probleme zu lösen, nämlich die Einführung einer neuen Weltwirtschaftspolitik, doch könnte die Initiative hierzu nicht von Deutschland ergriffen werden. Deutschland sei nicht in der Lage, mehr als 200 Millionen am 15. Januar und 15. Februar zu zahlen. Diese Summe soll sich in der Weise verteilen, daß zum ersten genannten Zeitpunkt 80, für den zweiten 90 Millionen und der Rest später entrichtet werden. Rathenau erklärte sich namens der deutschen Regierung bereit, einige der Garantien, die von den Alliierten gefordert werden, anzunehmen, besonders die Einstellung der Subvention an gewisse Unternehmungen. Rathenau forderte sodann, vom Obersten Rat angehört zu werden. Die Reparationskommission konnte hierauf nur erwidern, daß sie dem Obersten Rat diesen Wunsch übermitteln werde.

Der Oberste Rat wird heute vormittag 11,30 Uhr die deutsche Delegation anhören. Man glaubt, daß diese Besprechungen am Freitag fortgesetzt würden.

Gestern nachmittag hatte die deutsche Delegation eine längere Besprechung mit Douhet und Robert Horna.

Im Schwedischen Reichstag, der mit der Thronrede des Königs eröffnet wurde, sind zum erstenmal Frauen erschienen.

Leit als Karoffler. Fräulein Sophie Kanich zeigte als Paula außer einem niedlichen Nabel und gut gewachsenen Lenden ein rosiges Temperament und — zu allem Ueberflus auch noch schauspielerisch und stimmlich Talent, urwüßig noch; aber ein Versprechen. Fräulein Grete Seilin gab die Mondschelndame wunderbarlich vor. Die Bioge ihrer Afrikanerin scheint im östlichen Europa gestanden zu haben. Im allgemeinen waren die Gesangsleistungen den Anforderungen angemessen. Das Zusammenpiel Kapelle, Kapellmeister Siegfried Schulz meisterte die Sache und das Orchester tat seine Schuldigkeit.

Wird eine Großstadt mit Kleinhäusern zu groß? Der Kampf gegen die alte vielstöckige Mietkasernen ist eins der wichtigsten Ziele unserer heutigen Siedlungsbewegung; man hat im Kleinhäuser die allein menschenwürdige Wohnung erkannt und vermag auch die dagegen angeführten Gründe zu entkräften. In einem Vortrag „Kleinhäuser- und Großhauswirtschaft“ des Architekten Friedrich Bausen, der in der „Heimatschutz-Chronik“ wiedergegeben wird, finden sich alle die geistigen Waffen zum Kampf für das Kleinhäuser vorzüglich zusammengestellt. Bausen widerlegt hier auch die allgemeine Annahme, daß die Ausdehnung einer Millionenstadt mit lauter Kleinhäusern zu groß werde. Schon ein Acker auf die englischen Verhältnisse lehrte, daß der Einwand unbegründet ist. In einem Hause Berlins leben 77, in einem Hause Londons kaum 8 Menschen.

Man kann aber auch rein rechnerisch nachweisen, daß eine Großstadt mit Kleinhäusern nicht zu groß wird. In manchem Teile Groß-Berlins leben wesentlich mehr als 1000 Menschen auf 1 Hektar. Das ist das Ergebnis „voller Bodenausnutzung“ im Hochbau. Rechen wir nun eine Bauweise aus, „nur“ vier Stockwerken an, so haben wir in einer reinen Wohngegend etwa 700 Menschen auf 1 Hektar, d. h. auf einen Menschen kommen etwa 14 Quadratmeter Boden. Beim Flachbau und beschiedenen Gärten kann man aber 200 Menschen auf 1 Hektar rechnen. Wird nun die Stadt 3 1/2 mal so groß, wenn man statt 700 nur 200 Menschen auf 1 Hektar ansiedelt? Zunächst ist der Aufwand für Straßenflächen und Grünplätze in der Flachbauweise sehr viel geringer als in der Hochbauweise; er beträgt nur ein Sechstel bis ein Fünftel der Gesamtlänge statt ein Drittel bis zwei Fünftel. Sieht man davon ab und vergleicht eine Hochbau- und Flachbauweise von 1 Million Bewohner bei planmäßiger Erbauung, so kann in beiden Fällen ein Geschäftskern von 1000 Hektar angenommen werden, dessen Bewohner nicht zählen. Dieser Kern der Stadt hat einen Durchmesser von fast 3,5 Kilometer. Um man darum einen Ring von Hochhäusern mit 700 Menschen auf 1 Hektar, so wird die ganze Stadt 2450 Hektar groß, d. h. sie bedeckt eine Kreisfläche von 5,6 Kilometer Durchmesser. Bei 200 Menschen auf 1 Hektar ergeben sich 6000 Hektar Gesamtlänge, also ein Kreis von 8,74 Kilometer Durchmesser. Der Weg vom Rande zum Mittelpunkt wird 4,37 Kilometer statt 2,8 Kilometer bei der Hochbauweise, ist also um 570 Meter länger. Um man um eine solche kreisrunde Hochbauweise von einer Million Einwohner einen Ring von weiteren 3 Millionen, wieder je 200 auf 1 Hektar, so ergäbe das einen Gürtel von etwa 3 1/2 Kilometer Breite. Der Durchmesser der Vier-Millionen-Stadt läme also auf 17 Kilometer, d. h. von Pankow bis Mariendorf oder von Schmarndorf bis Lichtenberg. Eine planmäßig gebaute Kleinhäuserstadt beansprucht also nicht mehr Raum als das heutige Berlin mit seinen Hochbauten.

## Wirkung auf den Dollarkurs.

Der Widerstand, den Briand in französischen Parlamentskreisen findet, führte heute an der Berliner Börse zu einer pessimistischen Beurteilung der Konferenz in Cannes. Dementsprechend zeigte sich verstärkte Nachfrage nach Devisen. Der Dollarkurs wurde um die Mittagsstunde mit 181,5 gehandelt. An der Effektenbörse bemerkte man bei verhältnismäßig geringem Umsatz etwas festere Tendenz.

## Der Stand der Verhandlungen.

**Paris, 12. Januar. (W.T.B.)** Ueber den Stand der Verhandlungen in Cannes kann folgender Überblick gegeben werden: 1. Reparationsfrage. Deutschland soll nach dem „Mackin“ im Jahre 1922 in Gold 720 Millionen bezahlen und in natura 1450 Millionen Goldmark, von denen 930 Millionen an Frankreich kommen sollen. Nach dem verbesserten Abkommen vom 13. August soll Frankreich in Gold 140 Millionen Goldmark à conto seiner Okkupationskosten erhalten, den Rest erhalte Belgien, und Ministerpräsident Thruens habe sich gestern Abend für belgische Erklärung. Deutschland zahlte also im Jahre 1922 mindestens 2200 Millionen Goldmark, das seien 700 Millionen weniger, als der Londoner Zahlungsplan vorgegeben habe. 2. Ueber den französisch-englischen Schutzvertrag sei folgender Vorschlag unterbreitet worden: Großbritannien verpflichtet sich, im Falle eines nichtprovozierten Angriffs von Deutschland mit allen seinen Streitkräften Frankreich zu Hilfe zu kommen. Die beiden Regierungen werden sich miteinander ins Einvernehmen setzen, im Falle die militärischen Kläufeln des Friedensvertrages von Versailles von Deutschland nicht beobachtet würden. Die Ratifikation des Vertrages durch die Dominions sei erforderlich, um diese zu verpflichten. Die Dauer des Sicherheitsvertrages wird auf 10 Jahre festgelegt. Es wird bemerkt, daß Lloyd George und Briand sich entschlossen haben, diesem Vertrage hinzuzufügen: erstens eine Abänderung des französisch-belgischen Schutzvertrages auf Grund des neuen französisch-englischen Schutzvertrages, zweitens, daß ein belgisch-englischer Defensivvertrag geschlossen werde.

## Vom Völkerbundrat.

**Genf, 12. Januar. (W.T.B.)** Der Völkerbundrat forderte gestern in öffentlicher Sitzung die anwesenden Vertreter Estlands, Lettlands und Litauens auf, mit dem Generalsekretär eine Erklärung über den Minderheitenschutz auszuarbeiten, über den der Generalsekretär vor Ablauf der Tagung Bericht erstatten soll. Der Rat erklärte sich hierauf nach dem Bericht des Engländers Harmsworth zur Annahme der ihm durch das Kalandsabkommen übertragenen Garantieverpflichtungen bereit.

In geheimer Sitzung wurde ein Beschluß über den Sitz des Internationalen Zollbureaus für die Kontrolle des Handels mit geistigen Getränken in Afrika angenommen, wonach das Bureau in Brüssel verbleibt und die belgische Regierung gebeten wird, die Kontrolle zu übernehmen. Endlich beauftragte der Rat einen Ausschuss zur Untersuchung des in dem schwedischen und norwegischen Abänderungsanträge zum Völkerbundsstatut vorgeschlagenen Schlichtungsverfahrens und nahm unter dem Ausdruck des Bedauerns Kenntnis von der Demission Lord Fishers, des bisherigen englischen Vertreters in der gemischten Kommission für die Rüstungsbeschränkungen.

Die tschechoslowakische Regierung wird, wie Dr. Benesch erklärte, den Wünschen der Deutschen nach Vertretung im Landesverwaltungsamt für Böhmen auch ohne Vermehrung der Mitglieder im Laufe des Januar Rechnung tragen. (Da müssen also tschechische Mitglieder zurücktreten.)

Optionschluss im holländischen Ländchen. Die Optionsfrist im holländischen Ländchen ist zu Ende. Das Recht, für die deutsche Staatsbürgererschaft zu optieren, wurde in vielen Fällen in Anspruch genommen. Die betreffenden Personen sollen binnen einem Jahre aus dem holländischen Gebiet auswandern; doch hält man es für wahrscheinlich, daß über eine Verlängerung dieser Frist verhandelt wird.

Bayerisches Filmerzverbot? Die Tragödie „Glaube und Heimat“ von Karl Schönherr war im Frühjahr vorigen Jahres genehmigt und von der Filmprüfstelle Berlin zur öffentlichen Vorführung im Deutschen Reich zugelassen worden. U. a. gelangte auch der Film nach Bamberg. Seine Aufführung stieß jedoch auf Widerstand der Stadt, die die Vorführung in den dortigen Kinos verbot. Die Kinosinhaber wandten sich nunmehr an den Verwaltungsausschuss in Bamberg, der das Verbot mit Rücksicht auf die religiösen Gefühle bestätigte.

Die Vereinigung deutscher Filmfabrikanten hat Schritte beim Reichsminister des Innern und beim bayerischen Minister des Innern eingeleitet und die unverzügliche Aufhebung des Verbots gefordert. Die Vereinigung deutscher Filmfabrikanten stellt sich auf den Standpunkt, daß die Filmprüfstelle Berlin die höchste Instanz ist, der sich sämtliche nachgeordnete Instanzen im Deutschen Reich, also auch der Verwaltungsausschuss in Bamberg zu fügen hat.

Edisons neueste Erfindung. Edison, der im nächsten Monat seinen 75. Geburtstag feiern kann, hat der „Chicago Tribune“ Mitteilungen über seine neueste Erfindung gemacht, die ursprünglich dazu bestimmt war, die Schiffe gegen Angriffe von Unterseebooten zu schützen und die heute unter veränderten Verhältnissen auch dem gleichen Zweck gegen Eisberge dienen kann. Die Erfindung gibt die Möglichkeit, den Lauf eines Schiffes auf eine Strecke, die die Länge des Schiffes nicht übersteigt, zum Halten zu bringen. Der Mechanismus wird durch eine konische Kapelle gebildet, die mit einem 9 Fuß breiten und 15 Fuß langen Ueberzug aus mit Draht umspannter Leinwand besteht. Diese Kapellenumhüllungen werden in vierfacher Zahl, zwei zu jeder Seite des Schiffes angebracht. Wenn dieses zum Stillstand gebracht werden soll, so werden, nachdem die Walschalen gestoppt sind, die Kapellen geöffnet, die dem Wasser einen gewaltigen Widerstand entgegenstellen. Die Versuche haben bewiesen, daß durch dieses Mittel ein Schiff auf einer Länge von 50 Metern zum Stillstand gebracht werden kann. Edison benutzte die Gelegenheit, um dem Chicagoer Blatt die Mitteilung zu machen, daß er bei seinem zwanzigjährigen Sohn die besondere Anlage des Erfinders feststellen konnte.

Die Sprachentwicklung der Einserabfasser geht weiter; sie hat uns um das „Sich Solidarisieren“ bereichert und nun wird der für die RBD. unbedeutende Verlauf des Leipziger Betriebsrätekonferenzen darauf zurückgeführt, daß Dittmann ihn redigiert habe. Bisher wurden nur Artikel und Druckschriften redigiert; aber die können ja fortan auch, wie alles andere, getätigt werden!

Eine russische Unioersität in Prag. Das tschechische Ministerium für Schulwesen hat den nachsichenden russischen Professoren bewilligt, eine freie russische Unioersität in Prag zu errichten. Die von ihr auszustellenden Diplome werden bloß für Rußland Geltung haben. — Moskau wird ihnen was klaffen.

Richard Strauss trifft heute in London zu einer mehrtägigen Konzeptionsreise in England ein.

Musik. Die für den 15. Januar und 12. Februar 1922 angelegten Konzerte des Dölar-Friedrich-Balletts werden verlegt. Die neuen Daten werden noch bekanntgegeben.

## Vor zehn Jahren.

Heute vor zehn Jahren, am 12. Januar 1912, wurde der letzte Reichstag des Kaiserreichs gewählt, der Reichstag des Krieges, Deutschlands langes Parlament, dessen Tätigkeit erst sechs Jahre und neun Monate später ihren Abschluß fand. Die Wahlen standen im Zeichen des Kampfes gegen den sog. schwarzblauen Block, die aus Konservativen und Zentrum gebildete Mehrheit, die dem Verlangen der Regierung nach der Erbschaftsteuer entschiedenen Widerstand geleistet hatte. Entstanden war diese Mehrheit bei den sogenannten Sottento-Wahlen von 1907, sie war freilich erst bei den späteren Steuerkämpfen in Erscheinung getreten. Denn die Hottenottenwahlen hatten ja der Schaffung des Blöckchens zwischen Konservativen und Liberalen gegolten, der „Paarung zwischen Karpfen und Kaninchen“ nach einem Ausspruch Albert Trainers, des unvergessenen alten Demokraten. Zu spät erkannten die Liberalen, daß sie sich durch ihre Beteiligung am großen „Niederreiten“ selber niedergelassen hatten.

Die Wahlen vom 12. Januar 1912 brachten nun einen bedeutamen Umfassung. Die Sozialdemokratie vermehrte ihre Stimmenzahl um rund eine Million auf über 4 200 000 und zog zum erstenmal als stärkste Fraktion mit 110 Abgeordneten, wovon 67 Gewin, in den Reichstag ein. Der Gewinn unserer Partei wäre bei weitem nicht so groß gewesen, wenn es nicht zum erstenmal gelungen wäre, die geschlossene bürgerliche Front bei den Stichwahlen zu durchbrechen. Das geschah durch das Stichwahlabkommen mit der Fortschrittlichen Volkspartei, in dem sich die beiden Parteien zur gegenseitigen Unterstützung, die Sozialdemokratie außerdem zur Zurückhaltung in einigen Kreisen, in denen sie gegen fortschrittliche Führer in Stichwahl stand, verpflichtete.

Die Tatsache, daß es zu einem solchen Vertrag zwischen der verfeindeten Sozialdemokratie und einer bürgerlichen Partei gekommen war, wurde damals als eine politische Wendung empfunden, um so mehr, als bekannt wurde, daß daran auch die Nationalliberalen als stille Teilhaber beteiligt waren. Zum erstenmal war der Ruf eines kaiserlichen Kanzlers, des Herrn v. Bethmann Hollweg, zum gemeinsamen Kampf gegen den Umsturz vergeblich gewesen.

Das Stichwahlabkommen fand auf dem linken Flügel der Partei Widerpruch, wurde aber später vom Chemnitzer Parteitag nach einer durchschlagenden Rechtfertigungsrede Scheidemanns gutgeheißen.

Seitdem haben sich ungeheure Veränderungen vollzogen. Nachfolger des Reichstags von 1912 wurde die revolutionäre Nationalversammlung und dann der erste Reichstag der Republik. An die Stelle des Schattenparlaments trat die regierende Volksovertretung. Und doch, wie heiß hatten wir um die Stärkung unseres Einflusses selbst in diesem Schattenparlament gerungen, wie leidenschaftlich sehnten wir ein dem Reichsrecht gleiches Wahlrecht in Preußen herbei, wie jubelten wir heute vor zehn Jahren über den errungenen Wahlsieg!

Die Erinnerung an jenen Tag soll uns mahnen, wieder alle Kräfte zu vereinen, um auf dem nun völlig freien Feld des allgemeinen, gleichen Wahlrechts größere, entscheidendere Siege zu erringen. Unsere Geschichte weist uns diesen Weg, und wieder sammeln sich die Kräfte auf ihm, um ihn mit uns bis zum Ende zu gehen, bis zum Sieg.

## Die Verhandlungen über die Reichslöhne.

Während der gestrigen Verhandlungen über die Lohnzulagen der Reichs- und Staatsarbeiter erklärte die Regierung von vornherein, daß sie nicht in der Lage sei, eine allgemeine Erhöhung der Löhne im Umfange der von den Spitzenorganisationen gestellten Forderungen zuzugestehen. Gegenüber der Tatsache, daß die Löhne der Staatsarbeiter in vielen Bezirken hinter den Löhnen zurückstehen, die in der Privatindustrie gezahlt werden, sei an Hand eingehender statistischer Nachweise festzustellen, daß in anderen Teilen des Reiches die Löhne in der Privatindustrie wesentlich niedriger sind, als die der Staatsarbeiter. Die Regierung sei jedoch bereit, dort, wo die Staatsarbeiter schlechter bezahlt sind, als die übrigen Arbeiter, einen Ausgleich herbeizuführen durch Ueberteuerungszulagen.

Die Gewerkschaftsvertreter traten für ihre Forderungen ein und erklärten, daß, entgegen dem Standpunkte der Regierung, eine allgemeine Aufbesserung sämtlicher Staatsarbeiterlöhne erfolgen müsse. Daraus gingen die Regierungsvertreter von ihrer ursprünglichen Erklärung ab und zeigten sich bereit, einer allgemeinen Aufbesserung zuzustimmen, die aber nur in mäßigem Umfange möglich sei. Zunächst wurde eine Stundenzulage von 20 Pf. angeboten und dieses Angebot im Laufe der Verhandlungen auf 50 Pf. erhöht. Dennoch mußte es von den Gewerkschaftsvertretern als völlig unzureichend zurückgewiesen werden. Von ihrer ursprünglichen Forderung waren die Gewerkschaften bereits zurückgegangen, mußten jedoch weitere Zugeständnisse machen und blieben bei einer Zulage von 120 M. zunächst stehen.

Im Laufe der heutigen Verhandlungen erhöht die Regierungsvertreter ihr Angebot auf 60 bis 70 Pf. für volljährige Arbeiter, während die Gewerkschaftsvertreter nicht unter 80 Pfennig herabgehen wollten.

Befonders war die Frage des Zahlungsbeginns der neuen Zulagen umstritten. Die Regierungsvertreter wollten die Zulagen erst ab 1. Februar gewähren, doch bestanden die Arbeitnehmervertreter auf Rückwirkung ab 1. Januar. Vorbehaltlich der Zustimmung des Reichsfinanzministeriums bzw. des Kabinetts kam es schließlich zu einer Einigung auf den 1. Januar. Die Verhandlungen dauern fort und erstrecken sich mit auf die Bemessung der Zulage für die weiblichen und die jugendlichen Arbeiter. Diese Verhandlungen werden jedoch verhältnismäßig glatt verlaufen, sobald die Lohnzulage für die volljährigen Arbeiter festgesetzt ist.

Die Verhandlungen sind im Laufe des Vormittags zu einem Abschluß auf folgender Basis geführt worden: Die Stundenlöhne für Arbeiter mit vollendetem 20. Lebensjahre werden rückwirkend ab 1. Januar um 75 Pf. erhöht. Die Erhöhung für 19jährige Arbeiter beträgt 55 Pf., für die Jüngeren 35 Pf. Die Frage, ob diese Erhöhung auf den Tariflohn oder die Teuerungszulage bezogen wird, ist noch unentschieden und soll erst am Schluß der Verhandlung geregelt werden.

Heute nachmittag beginnen die Besprechungen über die Neuregelung der Gehaltsverhältnisse für Beamte und Angestellte. Man glaubt, auch diese Verhandlungen noch im Laufe des heutigen Tages beendigen zu können.

### Einigung im Eisenbahnbetrieb.

Am 10. Januar kam nach vorausgegangenen Verhandlungen zwischen Vertretern des Reichsverkehrsministeriums und des Deutschen Eisenbahnerverbandes eine Ergänzung zu der am 31. Dezember 1921 getroffenen Vereinbarung zu

stande. Danach erhalten die im Tarifverhältnis stehenden Eisenbahner des besetzten Gebiets, soweit sie aus der Ortsklasse B in die Ortsklasse A eingestuft worden, den Ueberteuerungszuschlag von 1 M. Der sich aus der Höberstufung ergebende Betrag von 40 Pf. wird mit dem Ueberteuerungszuschlag aufgerechnet, so daß die reine Zulage pro Stunde 1 M. rückwirkend ab 1. Oktober 1921 beträgt. Mit dieser Neuregelung hat das Reichsverkehrsministerium zugestanden, daß es seine Auslegung der Ziffer 3 der Vereinbarung nicht aufrechterhalten kann.

Die Verhandlungen über die Auslegung der Vereinbarung vom 31. Dezember bildeten ein Kapitel für sich. Als feststand, daß beide Vertragsparteien auf ihrem Standpunkt beharrten, glaubte der Minister, den Streit durch ein Schiedsgericht aus der Welt schaffen zu können. Dieses Schiedsgericht sollte ein Dreimännerkollegium sein, zusammengesetzt aus dem Chefredakteur der „Völkischen Zeitung“ Bernhard, dem Ministerialrat Fimmen vom Preussischen Finanzministerium und dem Reichstagsabgeordneten Bender. Ob dieses Schiedsgericht nach der Neuregelung noch zusammenzutreten wird, entzieht sich unserer Kenntnis. Sollte es der Fall sein, so ist das Ergebnis nach den Ausführungen des Ministers Bröner nicht zweifelhaft. Er meinte während der Verhandlungen, daß Schulbuben nach dem Diktat eines Schulmeisters aus der Ziffer 3 nichts anderes herauslesen würden als die Eisenbahnverwaltung. Die während der Verhandlungen aus Köln und Koblenz in Berlin anwesenden Eisenbahner waren darüber allerdings anderer Meinung und haben dem Minister und seinen Räten ziemlich unverblümt ihre Meinung gesagt.

### Neuregelung der Besatzungszulagen.

Die am 11. Januar im Reichsfinanzministerium stattgehabten Verhandlungen über die Neuregelung der Besatzungszulagen haben vorbehaltlich der Zustimmung des Reichsrats und der Reichsregierung folgendes Ergebnis erzielt: Ortsklasse A: bisher 150 M., ab 1. Januar 1922 225 M., Ortsklasse B: bisher 120 M., ab 1. Januar 1922 180 M., Ortsklasse C: bisher 90 M., ab 1. Januar 1922 135 M. Außerdem werden die Kinderzulagen für alle Ortsklassen von 25 auf 40 M. erhöht. Die Besatzungszulagen sind demnach für alle Ortsklassen um 50 Proz. die Kinderzulagen um 60 Proz. erhöht worden. Maßgebend für die Höhe der Zulagen ist das neue Ortsklassenverzeichnis, wobei die nicht aufgeführten Ortsklassen D und E den Betrag, der für C vorgesehen ist, erhalten.

## Hauspriester Wilhelm.

An der Spitze ihres kirchlichen Teiles veröffentlicht die „Kreuzzeitung“ folgendes Zitat:

Auf die Hauspater muß man es abzielen, daß die Hauspriester werden, die ihre Leute anleiten und unterweisen können. Das hat man verjäumt.

Kaiser Wilhelm II. (15. Oktober 1921).

Wilhelm hat sich in dieser Beziehung gewiß keine Vorwürfe zu machen. Denn in seinem unbezähmbaren Schauspieler- und Redebegier hat er oft an Bord der „Hahnenkollern“ persönlich beim Gottesdienst die Predigten gehalten, die man heute noch in der Reclamischen Sammelausgabe seiner Reden mit Bewunderung und Respekt hinstellen nachlesen kann. Es ist dies allerdings ein Beispiel, das nicht zur Nachahmung reizt.

## Das Gut Kapps.

In den letzten Tagen haben sich einige Zeitungen mit dem beschlagnahmen Gut Pflzen des ehemaligen Generallandwirtschaftsleiters Kapp befaßt. Hierzu erzählt der amtliche Preussische Pressedienst:

Die Behauptung, daß der Sohn Kapps staatslichen Zuschuß erhalten, ist unrichtig. Der gerichtlich bestellte Pfleger hat mit ihm einen Pachtvertrag abgeschlossen, der jedoch erst in Wirksamkeit treten kann, wenn die zuständigen Behörden, namentlich das Vormundschaftsgericht, die Genehmigung erteilt haben. Inzwischen ist Kapp junior vom Pfleger als vorläufiger Verwalter eingesetzt worden und erhält hierfür als Entschädigung, außer den Naturalien für den Haushalt, 5000 M. in bar. Wenn in diesem Zusammenhang auf die großen Ueberschüsse des Gutes Pflzen hingewiesen wird, so entspricht das nicht den Tatsachen; das Gut war im Gegenteil recht verarmt.

Die Dienst- bzw. Ruhegehaltsbezüge Kapps als Generallandwirtschaftsleiter sind während des gegen ihn eingeleiteten Verfahrens gesperrt. Der mittellose Frau des Herrn Kapp wird von der Landkassette eine freiwillige Unterstützung gezahlt, deren Höhe amtlich nicht bekannt ist.

Die Regierung, so schließt die Mitteilung, kann trotz ihrem Aufsichtrecht eine solche Unterstützung nicht verhindern, da die Landkassette ein selbständiger Verwaltungskörper ist.

Diese amtliche Mitteilung betont die amtliche Korrektheit, die wir nicht bezweifeln. Aber die Frage ist, ob der Pfleger, der den Sohn des Hochverräters zum „Pächter“ und „vorläufigen Verwalter“ einsetzt, der richtige Mann am Platze ist. Schließlich hat sich das Gesetz doch wahrscheinlich die Beschlagnahme anders vorgestellt, als daß man die Güter des flüchtigen Verbrechers dem Sohn gegen Entschädigung in Verwaltung gibt.

## Das Siedlungsproblem.

Im Preussischen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten finden, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, unter dem Vorsitz des Ministers am 13. und 14. Januar Beratungen über die zweckmäßige und beschleunigte Durchführung der den Landes- und Kulturbehörden obliegenden Aufgaben auf den Gebieten des Siedlungswesens, der Kultivierung von Moor-, Heide- und ähnlichen Ländereien und der wirtschaftlichen Umliegung von Grundstücken statt. Es werden daran die sämtlichen Landes- und Kulturreispräsidenten, am zweiten Tage, an dem insbesondere auch die Direktoren der gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften sowie die Vorsitzenden der Landlieferungsverbände teilnehmen.

## Seeleutekonferenz in Hamburg.

Hamburg, 12. Januar. (All.) Gestern trat in Hamburg eine von der Internationalen Transportarbeiter-Föderation einberufene Seeleutekonferenz zusammen. Die Konferenz ist die Fortsetzung der am 30. November und 1. Dezember 1921 in Antwerpen abgehaltenen internationalen Seeleutekonferenz. Auf der Tagesordnung steht die Besprechung von Maßnahmen seitens der Seeleute, um die drohende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abzuwehren. Der Präsident der Internationalen Transportarbeiter-Föderation eröffnete die Tagung. Franz Köhler (Deutscher Transportarbeiterverband) hielt die Delegierten im Namen der deutschen Seeleute willkommen. Der erste Verhandlungstag wurde durch Beratungen der Delegierten über die Lage der Seeleute in den einzelnen Ländern ausgefüllt.

## Levi will zur USPD.

V. Sch. Leipzig, 12. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

In der heutigen Sitzung fand zunächst eine ausgiebige Diskussion über das Organisationsstatut statt. Das von der Organisationskommission vorgeschlagene Statut wurde im ganzen gegen nur sehr wenige Stimmen angenommen. Zum erstenmal erhoben sich bei der Gegenprobe ein paar Hände.

Zwischendurch wurde der Vorstand gewählt. Einige Veränderungen sind vorgenommen worden, die das Ergebnis eines Kompromisses sind und deren politische Bedeutung nicht besonders erläutert zu werden braucht. Mit einer etwas bei den Haaren herbeigezogenen Begründung wurde ein dritter Vorsitzender in der Person von Dittmann zu den bisherigen zwei Vorsitzenden Ledebour und Crispin hinzugefügt. Dittmanns bisheriger Sekretärposten wird von Künstler-Berlin eingenommen. Ferner ist der Chefredakteur der „Freiheit“, Dr. Hilferding, in den Vorstand als Beisitzer mit beschließender Stimme eingetreten. Für den Nachmittag ist das Eintreffen einer Delegation der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft unter Führung Paul Levis angemeldet, die mit dem Vorstand über den Eintritt in die USPD verhandeln will. Die Stimmung in den Kreisen der USPD ist über die Stellung, die man zu diesem Angebot einnehmen soll, geteilt. Im allgemeinen besteht keine Neigung, ein großes Aufnahme-Trara zu machen. Auch an die Gewährung eines Sitzes im Parteivorstand an einen Führer der Leviten für den Fall der Aufnahme scheint man nicht zu denken.

BS. Leipzig, 12. Januar (Eig. Drahtbericht.)

### Vierter Verhandlungstag.

Der heutige, letzte Verhandlungstag begann mit dem Bericht der Organisationskommission, den der sächsische Minister des Inneren Lipinski erstattete. Er wies einleitend darauf hin, daß das vorliegende Organisationsstatut der USPD sich von früheren Statuten dadurch unterscheidet, daß die Partei jetzt auf die Voraussetzungen für die Mitgliedschaft großen Wert lege: Anerkennung der Grundzüge der Partei, Bereitwilligkeit zu ihrer Durchführung und Eignung des Aufzunehmenden. Wir verwahren uns dagegen, so erklärte Lipinski, daß Personen, die nicht den Willen zur Arbeit in der Partei haben, sondern Nebenwege verfolgen, sich in unsere Reihen einschleichen. Der Referent ging dann auf die Einzelheiten des vorliegenden Entwurfes zum Organisationsstatut ein. Die Partei solle sich danach in Ortsvereine, Kreisorganisationen, Bezirks- und Landesverbände. An Stelle des bisherigen Parteibeirates, der ein Teil der Zentralkleitung war, wird die

### Einrichtung eines Parteibeirates

empfohlen, der die Zentrale, die im übrigen selbständig bleibt, in wichtigen Fragen unterstützt und den Parteitag, dessen Einberufung bei besonderen Gelegenheiten nicht gleich möglich ist, ersetzen soll. Weiter steht das Organisationsstatut die Gleichberechtigung der Frauen in allen Leitungen der Organisation und in allen Delegationen vor. Mit Rücksicht auf diese Maßnahme lehnt das Statut nach dem Grundgedanken: „Gleiche Rechte, gleiche Pflichten“ es ab, für Frauen nur die Hälfte der von den männlichen Mitgliedern zu zahlenden Beiträge festzusetzen. Der Referent wandte sich in seinen weiteren Ausführungen gegen einen Antrag des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg, der die Forderung aufstellte, daß als Kandidaten zu den Gemeinde-, Bezirks-, Kreis- und Provinzialvertretungen, für Landtag und Reichstag nur solche Personen vorgeschlagen werden dürfen, die

### keiner Kirchengemeinschaft angehören.

Wir sind eine Partei und keine Sekte, betonte Lipinski. Jeder Christ, der konsequent sein will, müßte ja eigentlich nach unserer Ueberzeugung zum Sozialismus kommen. (Sehr richtig.) Aber das Glaubensbekenntnis darf kein Hindernis für die Mitgliedschaft in unserer Partei bilden. Falls ein Bezirksverband in dieser Frage anders entscheiden würde, so würde er sich damit in Widerspruch zu unserem Organisationsstatut setzen. Die Delegierten zum Parteitag sollen durch Urwahlen berufen werden. Eine Verhältniswahl ist abzulehnen, weil sie die Bildung von Parteien in der Partei zur Folge haben würde.

Dann begründet Reichstagsabgeordneter Dittmann den inzwischen vorgelegten

### Wahlvorschlag für die Parteileitung.

An Stelle der bisherigen zwei Vorsitzenden sollen drei Vorsitzende gewählt werden und zwar außer Crispin und Ledebour noch Dittmann, der bisher Sekretär der Zentrale war. An Stelle Dittmanns soll Künstler zum Sekretär gewählt werden. Dittmann betont dann weiter, daß Parlamentsmandatsinhaber durchaus für die Wahl zur Parteileitung in Betracht kommen können, wenn sie nur genügend Aktivität aufweisen.

Gegen diesen Vorschlag wendet sich Künstler-Bremen. Die Parteileitung habe die Aufgabe, die Fraktion zu kontrollieren. Wenn aber Parlamentsmitglieder selbst in der Parteileitung sitzen, sei eine solche Kontrolle nicht möglich. Der Redner wandte sich auch gegen den Fortfall des Parteibeirates. Es entspinnt sich über den Wahlvorschlag eine längere Debatte, in der Hausd. Düsseldorf gegen die Wahl von drei Vorsitzenden sich wendet und verlangt, daß Dittmann weiter Sekretär bleiben soll. Die Wahl für die Parteileitung wird schließlich bis Mittag verschoben.

Es beginnt dann die Aussprache über das Organisationsstatut. Die Begründung, die Brandel-Berlin dem Antrag des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg gibt, wonach die Kandidaten für alle öffentlichen Körperstellen einer Kirchengemeinschaft nicht angehören dürfen, ruft eine Debatte über die Religionsfrage hervor.

Reichstagsabg. Ludwig: Das Manifest des Parteitages, das allein maßgebend ist, beruht sich auf die früheren Parteitagebeschlüsse von Leipzig und Halle. Zu diesen Beschlüssen gehört aber auch die Bestimmung unseres Aktionsprogramms, wonach die USPD die Religion für Privatsache erklärt. Wir verlangen ja vom Staat, daß er die Religion als Privatsache ansieht, woher sollen wir dann das Recht nehmen, uns in eine solche Privatsache einzumischen? Die Berliner Genossen haben diese Forderung noch aus der alten Zeit vor der Spaltung übernommen. In Berlin prüft man jedes Mitglied bei seinem Eintritt in die Partei, ob es im Besitz eines Kirchenaustrittsscheines ist. Dabei ist es den Berlinern ganz egal, ob der Betreffende sich auch innerlich von keinen religiösen Anschauungen freigemacht hat. Die Hauptsache ist ihnen nur, daß er diesen Schein besitzt und man überhört dabei, daß viele einen Austrittsschein schon vom Kriege her besitzen, weil sie ihre Kirchensteuer nicht gezahlt haben. (Große Unruhe und lebhafter Zuruf der Berliner.) Ich kenne in vielen Teilen des Reiches Gemeinden und Sekteln, die keiner Kirchengemeinschaft angehören, deren Mitglieder aber doch äußerlich religiös sind. Genossen, die solchen Sekteln angehören, könnten also in Konkurrenz des Berliner Antrages in gelehrende Körperschaften gewählt werden, weil sie einer Kirchengemeinschaft nicht angehören. Es müßte sich einmal ein Parteitag mit der ganzen Frage der Religionsangehörigkeit gründlich beschäftigen. Die Erfolge in der Kirchenaustrittsagitation sind ganz minimal. Das beweist vor allem die Zusammenkunft der Schüler und ganz besonders in Berlin. (Hört, hört!) Dort kann man feststellen, wiewieviel Kinder noch am Religionsunterricht teilnehmen. Auf diesem Gebiet ist noch viel nachzuhaken. Ich bitte den Berlin-Brandenburger Antrag abzulehnen.

